

# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, September 2012

62. Jahrgang, Nr. 719

## Die Rechnung ist nicht aufgegangen – SED-Opfer protestierten lautstark

*Ex-Stasi-Vernehmer und Co. versagen bei Buchvorstellung schnell die Argumente*

Irgendwie gehört es schon zu den Dingen des öffentlichen Lebens, dass auf dem deutschen Buchmarkt beständig Neuerscheinungen von Autoren aus der politisch linken Zunft auf dem Markt auftauchen. Es sind mittlerweile so viele, dass man schon kaum noch einen Überblick hat, wer etwas veröffentlicht hat und über wen berichtet wurde. Die Honeckers, Egon Krenz, die diversen ehemaligen Stasi-Leute, die alle irgendwo in das gleiche Horn stoßen und im dumpf tönenden Duktus die Reinwaschung des von ihnen wissentlich begangenen Unrechts betreiben und dabei die bis zur Unerträglichkeit heraufbeschworene Gefahr einer Spionage- und Okkupationsstrategie des Westens bemühen. „Dagegen mussten wir uns wehren, sonst wären wir untergegangen“, das ist die lächerlich anmutende Kern-Ausflucht, die sich sowohl durch die Veröffentlichungen wie auch durch die Präsentationen derselben zieht.

Ganz so leicht wird es den selbstgerechten Vergangenheitsbewältigern allerdings nicht in jedem Fall gemacht. Dies durfte am 23. August der zu DDR-Zeiten mehr als 30 Jahre „im Amt“ befindliche Ex-Vernehmer des MfS Herbert Kierstein in der Ladengalerie von junge Welt erfahren, als er bei der Vorstellung seines Buch mit dem eher mystisch klingenden Titel „Drachentöter – die Stasi-Gedenkstätten rüsten auf“ (bei Amazon derzeit von 12,95 auf 6,99 € gesenkt) vorstellte und dabei auf eine stimmungswaltige Front ehemaliger DDR-Opfer stieß. Hatte doch

die VOS aufgerufen, um durch Protest und Widerspruch zu zeigen, dass die Wahrheit in Sachen DDR, SED und Stasi von Tatsachen und nicht von Irrtümern oder Lügen belegt werden sollte. So waren denn die wegen ihrer Geradlinigkeit im

tem Erinnerungsblick gesetzt hatte, aus der Fassung gebracht. Man hatte den Protesten nichts als Lügen und Drohungen entgegenzusetzen. Und das erinnerte dann doch an früher, an die Diktatur, an die Vernehmungen. Damals konnte man



linken Spektrum nicht eben beliebte Landesvorsitzende Vera Lengsfeld, der Bundesvorsitzende Hugo Diederich, Heimerziehungsoffer Kerstin Kuzia und andere mutige Wahrheitsvertreter zur Stelle, um den anwesenden Ex-Stasi-Kämpfern durch Zwischenrufe und laute Gegenfragen einige passende Lektionen zu erteilen. Ebenfalls war auf Seiten der Opfer die prominente Schauspielerin Katrin Saß (Foto) erschienen, die sich auch sonst für eine konsequente Aufarbeitung der SED-Diktatur einsetzt.

Ganz gewiss wurde die Garde der Alt-Kommunisten, die offenbar auf einen rührseligen Tag mit verklär-

dann drohen und das Strafmaß und den psychischen Druck erhöhen. Das ist ja nun – glücklicherweise – vorüber.  
*B. Thonn*

### Lesen Sie im Innenteil dieser Fg

- Bericht von Hartmut Richter zum obigen Thema
- Teil des ausführlichen Interviews mit Harald Hemmerling zum Thema Kampf um eine höhere Ehrenrente
- Einladung zur Gedenkfeier für die Opfer der Deutschen Teilung am 2.10. 2012 mit einem Vortrag von Dr. Jörg Bernhard Bilke im Grenzmuseum Mödlareuth

**Einladung zur Gedenkfeier  
für die Opfer der Deutschen Teilung  
am 2. Oktober 2012  
in Mödlareuth/Thür.-Bayern**

Am 2.10.2012 veranstaltet die Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe in Verbindung mit der Landesgruppe Hessen-Rheinland-Pfalz eine Gedenkfeier für die Opfer der Deutschen Teilung auf dem Gelände des Grenz museums Mödlareuth.

**Treffpunkt ist der Haupteingang des Museums am 2.10.2012 um 13.15 Uhr zu einer großen Museumsführung und um 15.00 Uhr findet dann die Gedenkfeier für die Opfer der Deutschen Teilung mit Ansprache und Kranzniederlegung statt.**

**ACHTUNG!**

Um 16.15 Uhr hält unser  
**Kamerad Dr. Jörg Bilke**  
einen etwa 45-minütigen Vortrag:

**Ist die DDR wirklich untergegangen?  
Der fruchtbare Schoß des Realsozialismus.**

Vortragsort ist das Hotel Ambiente,  
Moosanger 4 in 95183 Töpen (Tel. 09295 9730)  
Anschließend dort ein kameradschaftliches  
Zusammensein mit offenem Ende.

Zu dieser Veranstaltung möchten wir insbesondere alle Kameradinnen und Kameraden der Bezirksgruppen in Sachsen, Thüringen und Bayern herzlich einladen. Natürlich sind auch Besucherinnen und Besucher aus anderen Regionen herzlich willkommen.

Für Rückfragen und Kontakt bitte an Kamerad  
Gerd Franke, Telefon: 06732 930309 wenden.

Da es hier um eine wichtige Veranstaltung geht, die allein schon in der Vorbereitung viel zeitlichen und organisatorischen Aufwand erfordert hat, bitten wir euch um zahlreiches Erscheinen und auch um Weitergabe der Information an die Medien.

Nicht zuletzt geht es auch um das Renommee unseres gesamten Verbandes sowie um die Vermittlung von Geschichtswissen, das vielen Mitmenschen leider nicht mehr geläufig ist.

Für den Vorstand der  
Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz *Arno Selten*

**Auf ein Wort des Redakteurs**

Unausweichlich muss ich abermals auf die Initiative unserer niedersächsischen Landesgruppe eingehen, zumal Kamerad Harald Hemmerling in dieser Ausgabe in einem ausführlichen Interview (erster Teil) über die Ziele spricht. Obwohl von mehreren Seiten Zustimmung geäußert wurde, scheinen einige Mitglieder dem Vorhaben kritisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüber zu stehen. Ich benutze hier gezielt den Ausdruck „scheinen“, denn es sind mir gegenüber keine konkreten Äußerungen getätigt worden. Wer also zum einen mit der Initiative als solche und zum anderen mit der Berichterstattung nicht einverstanden ist, sollte dies ruhig offen einbringen, eine sachliche Diskussion wird dann sicher möglich und auch nützlich sein.

Dass es vor allem in der Frage, ob die Aktion eine Erfolgsperspektive hat, Zweifler gibt, ist meiner Meinung nach nicht ungewöhnlich. Gerade die Älteren in unseren Reihen werden denken, dass sie eine Verbesserung der finanziellen Situation nicht mehr erleben könnten. Aber so haben seinerzeit, als die VOS den Beschluss zur Beantragung einer Ehrenpension gefasst hat, auch manche Betroffene argumentiert. Und natürlich sind auch leider zwischenzeitlich Kameradinnen und Kameraden verstorben. Aber ungeachtet einer von uns allen aufzubringenden Solidarität ist es eines der Ziele, die Zuwendung – egal wie hoch – für die Hinterbliebenen ebenfalls zu erwirken. Wer Vorschläge, Anregungen, Kritiken hat oder die Landesgruppe Niedersachsen auf irgendeine Weise unterstützen möchte, kann das vielleicht am besten durch eine direkte Kontaktierung mit Harald Hemmerling tun. So ist es jedenfalls durch die Landesgruppe Bayern geschehen.

Eine weitere „Baustelle“, die die VOS angelegt hat, befasst sich mit dem Thema Zwangsarbeit, die in den Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR geleistet werden musste. Hierzu gibt es bereits mehrere Äußerungen, und vor mehreren Wochen hat der Bundesvorstand der VOS schon konkret gehandelt und der Bundesjustiz-Ministerin in einem Anschreiben die Situation erläutert. Frau Leutheusser-Schnarrenberger hat geantwortet und sich aufgeschlossen gezeigt. Das Schreiben ist ebenso wie der Brief des Bundesvorsitzenden im Innenteil dieser Fg nachzulesen.

Erfahrungsgemäß lassen sich Forderungen, wie sie von unserer Seite gestellt werden, vor den Wahlen mit größerer Resonanz vorbringen. Somit sollten wir mit Blick auf das nächste Jahr, in dem der Bundestag neu gewählt wird, aktiv bleiben. Ich persönlich sehe es als gutes Zeichen an, dass sich Siegmund Gabriel von der SPD kürzlich in der Gedenkstätte Bautzen für die Opfer-Geschichte interessiert hat. Die SPD wird bei der Neubildung einer Bundesregierung möglicherweise eine wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt Herr Gabriel selbst, der vermutlich Spitzenkandidat seiner Partei wird. Es lohnt sich also auch, Politikerinnen und Politiker zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit einzuladen und dort über die Situation der Opfer der SED-Diktatur zu sprechen.

*Bis zur nächsten Ausgabe,  
Ihr Alexander Richter*



## **In dieser Ausgabe:**

### **Titelseite**

#### **Mit starker Stimme protestiert**

Stasi-Opfer bringen Ex-Vernehmer bei Buchvorstellung aus der Fassung

#### **Redaktionsthema:**

Über unsere „Baustellen“ – die Themen Ehrenrente und die Zwangsarbeit 2

**Eine gute Adresse, eine gute (Bezirks)gruppe**  
VOS Leipzig stellt sich in neuen Räumen vor 4

**Das Ergebnis bleibt dürftig**  
Aufarbeitung der Diktatur lässt vieles offen 5

**Fürsorgepflicht angemahnt**  
Brief an eine Bundestagsabgeordnete 5

**Erschütternd, aber auch eine Erfüllung**  
VOS-Kamerad Wittich stirbt unverhofft während der Rede in einer Gedenkveranstaltung 5

**Kunst, die etwas bewirkt**  
Gino Kuhn eröffnet nächste Ausstellung 6

**51 Jahre ist das nun schon her**  
Zahlreiche Veranstaltungen zum 13. August 6

**Wer ist Drachen, und wer tötet?**  
VOS-Mitglieder und andere Opfer im Verbund gegen das Betonen und Betonschreiben 7

**Ein gemeinsamer Fonds könnte für alle am hilfreichsten sein**  
Der Bundesvorsitzende schreibt an die Justizministerin und erhält Antwort 8-9

**Klaus Knabes Museum bleibt erhalten**  
Prominente gründen Stiftung 9

**Ein teurer, doch „gefährlicher“ Verbrecher**  
Für ein paar Artikelchen auf Jahre in den Knast 10

**Wer kann sich das noch vorstellen?**  
Eine sehr spezielle Haftnotiz 10

**Den Tatsachen ins Gesicht schauen**  
Bayrische VOS und einzelne Kameraden befürworten Initiative für höhere Ehrenrente 11

**Wie man es dreht, es war ein Verbrechen**  
Peter-Fechter-Straße nun nach 50 Jahren? 11

**Die Abgeordneten werden sich angesichts dieser Forderungen die Augen reiben**  
Harald Hemmerling, Mitinitiator des Vorstoßes zur höheren Ehrenrente im Interview mit der Freiheitsglocke (erster Teil) 12-14

**85 Jahre - beherzt und entschlossen**  
VOS gratuliert Christine Härtkorn 14

**Ein Denkmal, aber für wen?**  
Blickpunkt Leipzig 15

**Zu viele Fotos, zu wenig Hirn**  
Ein gewisser E. H. wäre jetzt hundert ... 15

**Über die Presse in Deutschland:** Sie wollen einfach nichts begreifen 16

- Termine 1, 2,
- Zitate, Sprüche, Meinungen 5, 11, 16
- Personalien, Infos, Briefe 9, 16
- Todesfälle 5, 15, 16
- Impressum 16

## **Einladung**

zur Jahresabschlussveranstaltung  
der VOS Chemnitz

**Samstag, 10. November 2012, 10.00 Uhr**  
**Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links),**  
(Einlass: 09.30 Uhr)

Für alle Kameradinnen und Kameraden  
mit Familienangehörigen und Freunden

### **Eingeladen ist auch Lutz Rathenow**

Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen,

#### **Teilnahmebestätigung, wenn möglich:**

- per Email vos.chemnitz@web.de
- per sms unter 015773243318 oder
- telefonisch unter 03 72 09 - 80 48 1

sonst: VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz

Vorstand der VOS Chemnitz und  
Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

## **Zahl der Spender nach Aufruf in Fg erfreulich gestiegen**

Martin Minkewitz, Lutz Rathenow, Günther Kowalczyk, Wilhelm Sperling, Sigrid Schulz, Ulrich Arnstowski, Jürgen Wenzel, Fritz Hofmann, Margarete-Elfriede Krause, Helmut Felbrich, Armand Tönnessen, Otto Walter, Dieter Finschow, Ursula und Wolfgang Lehmann, Horst Lindemuth, Edeltraud und Günther Ellinger, Hartmut Manzelmann, Werner Mieth, Wigand Dannemann, Dr. Klaus Rintelen, Gerhard Bohne, Dieter Jakob, Gottfried Mothes, Walter Bartels, Anneliese Tschiersch, Hubert Gärtig, Gerd Lewin, Karl-Heinz Werner, Heinz Baumann, Fritz Steinhaus, Horst Schönberg, Helfried Reichel, Eckhard Mensebach, Roland Fiedler, Dr. Bernd Palm, Horst Bode, Erik Hofmann, Wolfgang Schuster, Walter Ewert, Hans Winkelmann, Helmut Günther, Manfred Grünert, Lothar Scholz, Fritz Herrmann, Berndt Günther, Kurt Müller, Ruth Pöhland, Irene und Bruno Nietwetzki, Felicitas Rosentreter, Renate Fiene, Friderun und Egon Seel, Norbert Czenczek, Wolfgang Looß, Gerd Ahnert, Michael Möller, Alfons Heller, Frank Hönig, Oskar Wolff, Werner Wähnert, Christel Haustein, Adolf Oeser, Klaus Gronau, Margarethe und Albin Lichy, Hans-Christian Braun, Heinz Noack, Walter Lahn, Horst Wagner, Joachim Hänel, Eberhard Pohl, Joachim Bergter, Waldemar Doering, Gerd Marten, Max Haller, Helmut Meyer, Gerhard Wendler, Dr. Herbert Prieu, Heribert Myschi, Werner Sauerzweig, Heinz Holschke, Rosemarie und Erich Marzahn, Hans-Jürgen Mewes, Hans Schwan, Jürgen Stafh, Maria und Kurt Pickel, Gunnar Rieger, Manfred Junker, Reinhard Golde, Heidi und Holker Thierfeld, Fredi Wietzorek, Manfred Schäpe, Prof.Dr. Martin Hoffmann, Friedrich-August Gregor, Eberhard Kaduk, Günther Müller, Hartmut Kaesewurm.

*Allen Genannten ein herzliches Dankeschön*

### **Die VOS bleibt unentbehrlich – Doch sie braucht Unterstützung**

**Hinweis:** Leider konnten in der vorliegenden Ausgabe der Fg nicht alle anstehenden Beiträge berücksichtigt werden. Die nächste Fg beinhaltet Beiträge von Uwe Rutkowski, Heinz Unruh, Xing-hu Kuo, Wolfgang Stiehl, Harald Hemmerling u. a.

# Die Resonanz war äußerst erfreulich und lässt für die Zukunft hoffen

VOS-Bezirksgruppe Leipzig lud zu einem Tag der offenen Tür in den neuen Räumen ein

**Hallo, liebe Kameradinnen und Kameraden, Freunde und Förderer der VOS und Leserinnen und Leser unseres traditionsreichen Verbandsorgans Freiheitsglocke!**

Die Bezirksgruppe der VOS Leipzig möchte euch bzw. Sie informieren, dass wir seit dem 15. April 2012 ein sehr schönes und modernes Büro in dem Gebäude der Media City in Leipzig (Foto Bildmitte, mit dem großen mdr-Zeichen) beziehen konnten.

Für alle Altleipziger und Ortskundige wird der ehemalige Schlachthof bei der Suche nach der Altenburger Straße 7 in 04275 Leipzig förderlich sein. Für nicht am Ort ansässige Besucher hilft das hochmoderne Gebäude des MDR am Messegrund für eine erleichternde Orientierung.

An dieser Stelle ist es uns wichtig, noch einmal zu erwähnen, dass unser Kamerad Reiner Schenk, eines der ersten Mitglieder der neu gegründeten Landesgruppe VOS-OST, der maßgeblich am Aufbau unserer Gruppe in Leipzig mitgewirkt und viele Jahre als Vorsitzender der Bezirksgruppe Leipzig amtiert hat, vom Vorsitz zurückgetreten und in den verdienten Ruhestand gegangen ist.

Am 24. Juli hatten wir gleich zu einem „Tag der offenen Tür“ eingeladen, was eine entsprechend gute Akzeptanz gefunden hat. Nicht nur Mitglieder unserer VOS Bezirksgruppe waren bei uns zu Gast, sondern auch Gleichgesinnte, Betroffene und an der Vereinigung und an unseren Aufgaben Interessierte informierten sich bei uns.

Opferverband engagiert und gebührend präsentierte, kam von dort auch vielfach eine wohlwollende Resonanz. Mit an erster Stelle zu nennen ist natürlich die BSTU-Außenstelle, die von Frau Regina Schild, der Leiterin der Leipziger Behörde vertreten wurde. Frau Schild freut sich auf eine zukünftige gute Zusammenarbeit mit uns und wir freuen uns auf sie.

Kamerad Nemetz und Kamerad Scheibe (Foto l.) jedenfalls hatten vollauf zu tun, um allen Fragen gerecht zu werden. Ute Scheibe, Karin Janke-Fritsche und Rosemarie Studera sorgten sich um ein leibliches Wohl der Gäste und bei einem Gläschen Sekt kam eine entspannte Unterhaltung zustande.

Wir, der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe, sehen dieses Zu-



Durch die Neuwahl unseres Vorstandsmitglieds Frank Michael Nemetz (Foto rechts), der zuvor als Diplom-Wirtschaftler beim MDR tätig war und der über unschätzbare wichtige Beziehungen im Haus verfügt, konnte dieses Büro bezogen werden. Wir haben einen Aufzug im Gebäude, wir haben einen Parkplatz und eine Tiefgarage. Wir sind in Leipzig zentral gelegen, und Besucher, die auf die Straßenbahn angewiesen sind, haben kein Problem zu unserem Büro zu gelangen. Telefonisch sind wir unter 0341-3500 26 40 und mit Fax unter 03 41-3500 26 49 zu erreichen.

Besucher aus den ebenfalls hier im Umfeld befindlichen Büros, die bislang wenig Kenntnis von unserer Geschichte und unserem Wirken hatten und sich auch wenig Gedanken über politische Zusammenhänge machten, konnten aufgeklärt und in einigen Fällen sogar beraten werden. Dem Ehepaar Peters und dem Ehepaar Kunze möchten wir hiermit besonders für ihren Besuch danken.

Durch das Wirken unseres Kameraden Nemetz und unter Einbeziehung seiner regen Kontakte zu politischen und gesellschaftlichen Institutionen, bei denen er unseren

sammentreffen als einen gelungenen Auftakt an, wir hoffen auf regelmäßigen Besuch in unserem Büro und auf enge Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern und Freunden der VOS Bezirksgruppe Leipzig.

*Rosemarie Studera*

## **Andreas Kaiser meint:**

Die reißerischen Sprüche des Linken-Fraktionschefs beschreiben die Ausstrahlung von Sarah Wagenknecht: „Sie hat einen distanzierten Charme, der Männer besonders reizt.“ Hat das etwas mit der Erinnerung an den totalitären SED-Staat zu tun? – doch wohl kaum. Es ist eher zum Weinen.

## Fast keine juristischen Konsequenzen

*Aufarbeitung der SED-Diktatur bleibt weiter Fremdwort*

Wer gedacht hat, mit der Überwindung der DDR-Diktatur und dem Einzug demokratischer Verhältnisse würde im geeinten Deutschland eine juristische Aufarbeitung der in der DDR – speziell im Strafvollzug und den an der Mauer begangenen Menschenrechtsverletzungen – betrieben, sah und sieht sich auf der ganzen Strecke getäuscht. Hauptsächlich waren es einige kleine Spitzel, die man entlarvte und bestrafte, da sich diese – im Gegensatz zu den Funktionären – keine teuren Anwälte leisten konnten. Die Aktivisten der alten SED und späteren PDS, ihre Sekretäre, Ideologie-Tyrannen und die radikalen Propagandisten, krochen in den Schutz der Seilschaften oder blieben ungehindert im linken Parteispektrum aktiv. Andere wechselten auch in die Reihen der Volksparteien, wo sie unbescholten Karriere machten.

Mit Ausnahme von Egon Krenz entgingen fast alle SED-Verantwortlichen einem Gerichtsurteil. Allerdings genoss der einstige Spät-FDJler so ziemlich alle Vorteile, die der heutige – humanistische – Strafvollzug zu bieten hat. Dazu gehörten Wochenend-Urlaub, Freigang, Computer und die Zuleitung von „Fan-Post“.

Stasi-Chef Mielke kam man – beschämenderweise und im Grunde unfassbar – wegen seiner Rolle im DDR-System juristisch überhaupt nicht bei. Er wurde wegen eines Polizistenmordes aus Vorkriegszeiten verurteilt. Zu seinem 90. Geburtstag erhielt er von öffentlicher Stelle in Marzahn gar noch einen Blumenstrauß.

SED-Vize-Chef Willi Stoph konnte wegen eines angeschlagenen Gesundheitszustandes erst gar nicht belangt werden und erhielt, da er nicht verurteilt wurde, sogar eine Entschädigung für die Zeit in der U-Haft.

Man stelle sich solch eine Situation bei der Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches vor. Die Empörung würde keine Grenzen kennen, die Medien würden nicht zur Ruhe kommen. *T. Haltern*

## Vertrösten und Ausreden helfen nicht

*Nachdrücklicher Brief eines DDR-Opfers an „seine“ Bundestagsabgeordnete*

Seit mehr als einem Jahr kämpft VOS-Kamerad Lothar Tiedtke von Koß für eine weitere Verbesserung der Situation der SED-Opfer, die er in Form einer Eingabe an den Petitionsausschuss des Bundestages erreichen will. Da sich seit Absenden der Petition nichts Wesentliches getan hat, wandte er sich nunmehr an die Abgeordnete seines Wahlkreises Sonja Amalie Steffen, die diesem Petitionsausschuss auch angehört und bat sie eindringlich um Unterstützung.

Lesen Sie nachstehend das Schreiben, das über Email an den Ausschuss gesandt wurde.

Sehr geehrte Frau Steffen,

☒ Sie sind meine Abgeordnete im Bundestag. Wie können sie konkret als Petitionsausschuss-Mitglied dafür sorgen, dass Petitionen die von Opfern der zweiten deutschen Diktatur eingereicht wurden, nicht unerträglich lange bearbeitet werden? In meiner fünften Petition geht es um die Änderung des StUG zu Gunsten von mehreren Opfergruppen.

Es kann nicht sein, dass viele Opfer nicht entschädigt werden können, weil das Gesetz nicht geändert wird. Einige sind zwischenzeitlich verstorben. Die Petition wurde Anfang 2011 eingereicht.

Ich spreche Sie persönlich an, weil ich Ihnen mit meiner Wahl auch einen Auftrag mit in den Bundestag gegeben habe. Als Bürger von Stralsund, Schwerbehinderter und zu 70 % psychisch krank, und als Wähler möchte ich Sie auf Ihre Fürsorgepflicht aufmerksam machen.

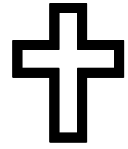
Wir Opfer der zweiten deutschen Diktatur haben zwar keine Wählerlobby, sind aber auch Bestandteil der Demokratie. Uns ist nicht mit dem Vertrösten und mit Ausreden gedient, nein, wir brauchen aktive Hilfe. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz um 22 Jahre nach dem Untergang der DDR-Diktatur allen Opfern endlich Gerechtigkeit zu verschaffen.

*Lothar Tiedtke von Koß, Stralsund*

## Mitten in der Rede aus dem Leben gerissen.

*VOS trauert um Kameraden Werner Wittig*

Ich war heute in Wurzen zur Mitgliederversammlung. Während der Versammlung ist unser Kamerad



Werner Wittig, geboren am 28. März 1929 plötzlich, unerwartet in einer Ansprache verstummt und zusammengebrochen. Wir haben sofort Erste Hilfe geleistet und die 112 angerufen. Während der Reanimation durch den Arzt ist er verstorben. Wir haben die Versammlung mit einer Trauerminute beendet.

*Im Namen des Bundesvorstandes in Trauer, Frank Nemetz*

## Trauer und Gedenken, das Leben und der Tod

*Eine kurze Anmerkung zum Tode von Werner Wittig*

Uns alle, die wir vom plötzlichen Tod des Kameraden Wittig erfahren haben, hat Bestürzung und Mitgefühl erfasst. Und doch, denkt man über den Sinn des Lebens nach, kann es doch kaum eine größere Genugtuung geben, als mitten in jenem Tun dahingerafft zu werden, das eben jenes Dasein über Jahre und Jahrzehnte bestimmt hat.

Nach den Jahren des Widerstandes und der Haft, die Aufarbeitung der Geschichte, das Weitergeben der persönlichen Erfahrungen an jüngere Generationen und das Teilen dieser Erfahrungen mit Schicksalsgefährten – dies sind Früchte, die viele von uns seit dem Fall der Mauer und dem Niedergang der SED-Diktatur ernten konnten und ernten können.

Kamerad Wittig ist mitten in dieser Arbeit von uns gegangen. Es geschah im Kreis seiner Kameraden, mit denen ihn viel verbunden hat. Schmerz und Schreck sitzen tief, aber es gibt vielleicht eine Vorsehung, die dieses Ende gerade auf diese Art und im Kreis dieser Menschen bestimmt hat. *B. Th.*

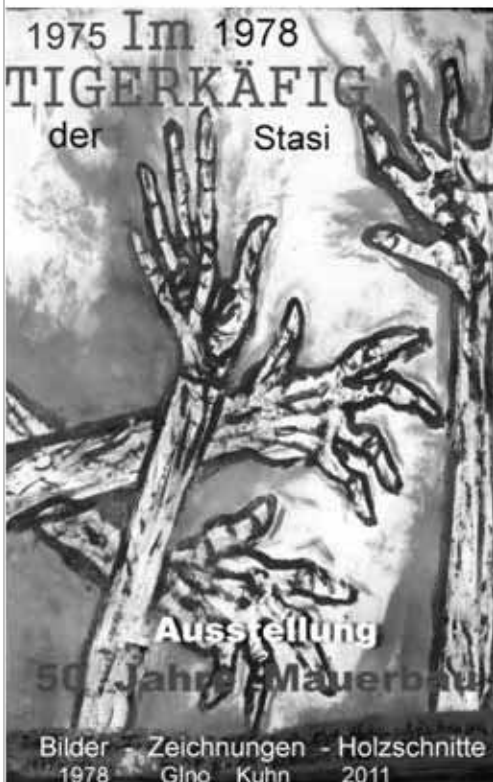
**Das Zitat:** Ein Friedlicher ist einer, der sich totschießen lässt, um zu beweisen, dass der andere ein Aggressor gewesen ist.

*Ludwig Marcuse*

## Ausstellung war wieder ein Erfolg

*Gino Kuhn erinnert in der Akademie der KAS künstlerisch an das Leid der politischen Häftlinge in der DDR*

Wie in der vorigen Ausgabe der Fg angekündigt, sollte im August die nächste respektable Ausstellung des Künstlers Gino Kuhn (Foto) stattfinden. Die Ausstellung, die bereits in den Landtagen von Brandenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen zu sehen war, kam



nun in die Akademie der KAS (Konrad Adenauer Stiftung) und trägt weiterhin den Titel „Im Tigerkäfig der Stasi“.

Wiewohl die Bilder, die von den Haftrepressalien gegenüber den politischen Häftlingen der DDR zeugen, teils schon bekannt sind, fas-

zinieren sie auf eindringlich schaurige Weise die Betrachter auch beim wiederholten Anschauen. Natürlich ist dieser Effekt beabsichtigt und – mag es auch hart klingen – notwendig.

Andererseits wird dem Betrachter klar, dass Gino Kuhn, der sich zwei Jahre in den Fängen der Stasi befand, letztlich nicht anders kann, als die provozierende Darstellungsart zu wählen, arbeitet er doch sein eigenes Schicksal damit ab.

Erfreulich, dass die Ausstellung erneut wirksam unterstützt werden konnten. Insbesondere die Laudatio des ehemaligen DDR-Pfarrers Rainer Eppelmann, der in der DDR selbst zu Protesten aufrief, trug zu einer geschichtsnahen Wertung der Exponate und der Lebensgeschichte des Künstlers bei.

Von Gino Kuhn, der bekanntermaßen VOS-Mitglied ist, wissen wir, dass er wegen des Versuchs, Menschen den Weg in die Freiheit des Westens zu schleusen, eine harte Strafe erhielt. Als „gebürtiger Bundesbürger“ trafen ihn der Freiheitsentzug und die unmenschlichen Haftbedingungen sicher besonders hart. Doch er versuchte alles, um sich in der Haft körperlich fit zu halten und prägte sich – was seinen Malmotiven heute zugutekommt – vieles ein, das andere vielleicht vergessen hätten oder haben.

Nach wie vor erfreuen sich Kuhns Bilder eines spürbaren Anklangs. Nicht zuletzt sind sie in die Kategorie „Der Künstler und das Leid“ einzuordnen. Ein Leid, das dieser Künstler wahrscheinlich viel stärker und persönlicher erfahren hat als die Maler oder Autoren anderer Zeiten und anderer Welten. Und das macht dieses Werk auch künstlerisch reizvoll.

*Hugo Diederich*

## Tag des Mauerbaus: Gedenkfeiern mit und ohne VOS-Beteiligung

*Politiker und Mitglieder der VOS wie in jedem Jahr vor allem in Berlin aktiv*

Im August waren es nunmehr 51 Jahre, die der Tag des Mauerbaus zurückliegt. Man hätte meinen können, nach der halb hundertjährige Wiederkehr im Vorjahr sei diesmal das Interesse der Medien und der Politiker nicht so stark und man müsse demzufolge in diesem Jahr mit mäßiger Teilnahme und geringerer Resonanz rechnen. Weit gefehlt, waren doch die unermüdeten Kameradinnen und Kameraden, die sich auch in den Vorjahren bemüht hatten, wieder in mehrfacher Hinsicht und bei zahlreichen Veranstaltungen aktiv.

Voran der Bundesvorstand der VOS, für den die Gedenkveranstaltungen nicht bloß Pflichtaufgaben, sondern dem die Erinnerung an Opfer, aber auch an Täter ein wichtiges Anliegen sind. Zudem ist es den VOS-Vertretern in Berlin und den Kameraden in den Landes- und Bezirksgruppen wichtig, bei Gedenkveranstaltungen die anwesenden Politiker auf unseren Verband und die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, hinzuweisen.

Hauptanliegen muss natürlich das Gedenken und Erinnern an die Opfer und ihre Schicksale sein, mit denen sich wiederum die Mahnung an die erlebte langjährige Diktatur verbindet. Wenn einzelne verknöcherte Linke von einem „Friedensstaat DDR“ und einer „Friedens-NVA“ faseln, so stehen dem mehr als tausend Tote entgegen, die auf Geheiß von „Friedenspolitikern“ wie Ulbricht oder Honecker von „friedlichen“ Kalaschnikows oder Selbstschussanlagen und Minen ermordet wurden. Und Hassprediger wie von Schnitzler gaben diesen Verbrechen in armseligen Fernsehsendungen noch eine ideologische Deckung. Ohne den hohen Einsatz unserer Kameradinnen und Kameraden würde sicherlich vieles, das einmal großes Leid brachte, untergehen und vergessen werden. Und auch die Aufarbeitung würde nicht da stehen, wo sie jetzt steht.

*Hugo Diederich*



## Protest gegen die alten „Kämpen“ und ihr Weltbild

*Hartmut Richter hat an der Buchvorstellung „Drachentöter“ teilgenommen*

Am Tag des Hitler-Stalin Paktes von 1939 fand eine gespenstische Veranstaltung in den Räumen der „jungen Welt“ statt. Wie man heute weiß, sind in

Stalins Lagern Menschen wie Neumann, Thälmanns Sekretär und andere Nazigeegner ums Leben gekommen, wohl mehr als in NS-Gefängnissen. Nicht wenige überzeugte Kommunisten, Sozialisten wurden nach Machtergreifung überzeugte Nationalsozialisten wie umgekehrt nach dem Sieg über Nazideutschland viele überzeugte Nationalsozialisten dann auch überzeugte Kommunisten, später SED-Funktionäre wurden.

Vorgestellt wurde das Buch „Drachentöter“. Der Verfasser Herbert Kierstein, der sich selbst gern als Ritter ohne Furcht und Tadel darstellen wollte, wirkte mehr wie ein Don Quichotte samt dem Moderator, seinem Sancho Pansa, einem ehemaligen „Kundschafter des Friedens“. Anwesend waren Obristen wie Gotthold Schramm und Grossmann von der HVA. Verbiestert, dass man ihnen Macht und damit verbunden Ansehen und Privilegien genommen hat, halten sie dennoch demonstrativ an ihrem Glauben fest. Finanziell geht es ihnen wohl besser als den von ihnen ehemals Verfolgten.

Obrist Schramm lobt im Vorwort die doch richtigen Äußerungen von Margot Honecker, kürzlich im Fernsehen der ARD zu sehen. Wie man dann weiter lesen kann, wird die Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts mit Mitteln finanziert, die beschlagnahmtes SED-Vermögen seien, also Mitgliedsbeiträge der ehemaligen SED-Genossen. Ach so? Dennoch merkt man, dass er, als Schild und Schwert der Partei der Arbeiterklasse zur Avantgarde des Proletariats zählend, elitär also, gleicher als gleich, wo alle gleich waren, noch immer sein Handwerk versteht. Den ersten Redebeitrag durfte - man

merkte nicht sofort die geschickte Inszenierung - unendlich lang ein ehemals Inhaftierter halten. Selbst jahrelang inhaftiert, arretiert, konnte ich sein Trauma doch verstehen. Es war ein ehemaliger „Kundschafter des Friedens“, wie nach Stasi-Terminologie die Spitzel im Westen bezeichnet wurden, der wie ein Guillaume seinerzeit der anwesenden Genossenschaft seine Erfahrungen und Leiden in Gefangenschaft - zum Schluss dann Stadelheim - schilderte. Ich hätte ihn gern gefragt, in welchem Untersuchungsgefängnis des BND oder des Verfassungsschutzes er inhaftiert war, wann er einen Anwalt kontaktieren konnte.

Kierstein benutzt dann auch nach Zersetzerart ehemalige Referenten der Gedenkstätte, denen aus unterschiedlichen Gründen Führungen in der Gedenkstätte Hohenschönhausen untersagt wurden. Wie in der Sendung „Der Schwarze Kanal“ werden dann Aufnahmen gezeigt, die offen oder heimlich bei Führungen gemacht wurden. Sie werden verrissen und wirken aus dem Kontext herausgerissen und damit sehr fragwürdig. Ich warf ihm in meinem Redebeitrag vor, diesbezüglich besser als Karl-Eduard von Schnitzler zu sein, was er wahrscheinlich als Lob sah.

Vor Beginn der Veranstaltung wurde ich als Menschenhändler beschimpft, von einem „Ritter“, der mit stechendem Klassenfeindschblick bei früheren Vernehmungen zum väterlichen Kierstein den Gegenpart, bösen aggressiven Vernehmer, hätte spielen können. Erst als mehr „feindlich-negative Kräfte“, meine Mitstreiter, Mitarbeiter der Gedenkstätte, sich einfanden, ließ er von mir ab. Stunden vorher schon, wenn man mit „feindlich-negativen, fortschrittsfeindlichen Kräften“ rechnet, sind zu solchen Anlässen die alten zum Glauben stehenden Kämpen, die Avantgardisten, da und besetzen die wenigen Plätze. Wer mich kennt, weiß, dass ich wegen „Staatsfeindlichen Menschenhandels zum Zwecke die DDR zu schädigen“ im Namen des Volkes unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Sie nutzen hier Defizite im Wissen, auch wenn es um Fluchthilfe geht. Des Ost-Westdialogs wegen, wurden auch in der alten Bundesrepublik solche die Entspannungspolitik gefährdenden Fluchthilfeaktionen diffamiert, mit

Hilfe auch von Einflussagenten. Wohl haben Fluchthilfeakteure und Organisationen, obwohl nur wenige, zwar unverhältnismäßig viel, jedoch nicht annähernd so viel wie die DDR für freigekaufte Gefangene, kassiert. Wer war da der Menschenhändler?

Rehabilitiert wurden Fluchthelfer erst im vereinten Deutschland, Dennoch gibt es auch hier Aufklärungsbedarf. In Gedenkstätten, ehemaligen Gefängnissen und Jugendwerkhöfen können auch die subtileren Methoden der „Liquidierung feindlich-negativer Kräfte“ demonstriert werden. Das ärgert wohl ehemalige „Avantgardisten“ wie Kierstein und Genossen, wird hier doch statt *verklärt aufgeklärt*. Prüfen sollte man, ob wir ehemals von diesen Menschen Verfolgten nicht auch das Recht auf einen gewissen Schutz vor solchen Angriffen haben. Überhaupt sollten nicht, wie in anderen ehemaligen Ostblockstaaten, die Verklärung und die Relativierung kommunistischen Unrechts, das Tragen und Zeigen der Symbole des Unrechtsregimes bestraft werden? Da müssen wir freilich noch viel Aufklärungsarbeit leisten. Reichen für die zu bewältigende Aufgabe da wohl die ehemaligen Mitgliedsbeiträge der SED-Genossen?

Besonders Jugendliche dürfen bei der Vermittlung der von Menschen durch Menschen zugefügten Verletzungen nicht überwältigt werden. Hier gilt der Beutelsbacher Konsens, und das ist auch gut so. In allen, also auch NS-Gedenkstätten, wird er doch wohl beachtet, soweit man von verantwortlicher Seite informiert ist.

Abschließend würde ich, wie auch viele ehemalige Verfolgte, mir wünschen, dass mehr Menschen und nicht nur wir Betroffenen bei solchen Veranstaltungen reagieren und protestieren. Wenn Gesine Löttsch mit ehemaligen TerroristInnen und DKP-GenossInnen neue Wege zum Kommunismus sucht und nur Wenige dagegen protestieren, diese dann auch noch angegriffen werden von fanatisierten Jugendlichen, die sich als „Antifa“ verstehen, als Faschisten diffamiert werden, ist das nicht gut. Es zeigt sich hier, dass im vereinten Deutschland bei Beachtung der Singularität der NS-Verbrechen dennoch auch das danach geschehene Unrecht vermittelt werden muss. In DDR-Gedenkstätten kann man dies, wohl sehr zum Ärger der alten Genossen ...

*Hartmut Richter*

# Wir fordern mehr Gerechtigkeit und die Einrichtung eines Zwangsarbeiterfonds

Der VOS-Bundesvorsitzende erwartet Unterstützung von der Bundesjustizministerin

Seit die Berichte über Zwangsarbeit der früheren politischen Häftlinge der DDR in die Medien gekommen sind, wobei sich die Diskussion zunächst um IKEA gedreht hat, wurden durch die Betroffenen immer wieder Forderungen nach einer Aufklärung und nach einer Entschädigung der Ausgebeuteten laut. Sinnvollster Schritt könnte ein zentraler Fonds sein, in dem betroffene Konzerne einzahlen und der die Opfer dann versorgt. Dies wurde durch die VOS angedacht und bereits mehrfach in der Freiheitsglocke so vorgeschlagen.

Nunmehr wurde auch die Bundesjustizministerin über diese Möglichkeit informiert und konnte gegenüber dem Bundesvorstand Stellung beziehen.

Lesen Sie nachstehend ein Schreiben, das der VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich an Frau Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (Foto unten; Quelle Internet) sandte, und dazu die zeitversetzt eingetroffene Antwort.

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin, durch einen Beitrag des schwedischen TV-Senders SVT über Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen für IKEA wurde das Thema Schwerpunkt in der Berichterstattung deutscher Medien. Viele Betroffene meldeten sich seither bei uns und berichteten ebenfalls über ihre Zwangsarbeiten im Strafvollzug der DDR. In den Medien wird in erster Linie von westdeutschen Firmen wie Klöckner und Co., Karstadt, Quelle, Neckermann etc. berichtet, jedoch ist dies nur die Spitze eines Eisbergs.



Zwangsarbeit war für die DDR eine volkswirtschaftliche Größe und immer fester Bestandteil ihrer Planwirtschaft. Es wurde nicht nur im Akkord gearbeitet, sondern auch in Bereichen, welche normale Arbeiter aus Angst vor den Gefahren nicht mehr ausführen wollten.

Viele Betroffene haben Zeit ihres Lebens mit den Folgeerscheinungen zu kämpfen, manch einer hat diese Zwangsarbeit nicht überlebt.

Ich selbst habe diese Erfahrungen im Rohrwerk Gröditz machen müssen, wo wir Transportfännchen an Bündel mit nahtlosen Stahlrohren von Mannesmann und Klöckner anbringen mussten. Einen Strafgefangenen, dem ein aufgegangenes 3-Tonnen-Bündel Rohre auf den Unterleib fiel, haben wir nie wieder gesehen, bei einem anderen blieb, nachdem er in eine Vorrichtung kam, der Finger steif. Mir selbst sind auch mal ein paar kleine Rohre auf einen Fuß gefallen, worauf ich mich oben und unten übergeben musste, dann bis zum Schichtende warten und dann in den Verwahrraum gesperrt wurde. Am nächsten Tag wurde ich in ein volles Wartezimmer des Gefängnisarztes gepresst und als wir zu dritt vor diesem Arzt stramm stehen durften, hatte er nichts weiter zu tun, als mir eine Creme mit etwas Verband auf den Fuß zu geben. Röntgen gab es für politische Häftlinge wohl nicht mehr. 3 Tage später bekam ich Schuhe, die mehrere Nummern zu groß waren und durfte wieder arbeiten gehen. Der Fuß bereitet mir seit dieser Zeit Probleme.

Im Jahr 2011 ist ein Buch der Autorin Karin Schmidt mit dem Titel „Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR - Die Pflicht zur Arbeit im Arbeiter- und Bauernstaat“ dazu erschienen.

### Kurz über den Inhalt des Buches:

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat bisher, trotz der zwischenzeitlich vorliegenden Auseinandersetzungen zu verschiedenen Aspekten, Phasen oder Einrichtungen des Strafvollzuges der DDR, die übergreifende Frage, ob und inwieweit der Arbeitseinsatz sowohl politischer als auch krimineller Strafgefangener während des 40-jährigen Bestehens der DDR als - unzulässige - Zwangsarbeit zu qualifizieren ist, keine zusammenhängende Betrachtung erfahren. Unter Nutzung bislang nicht bearbeiteter Quellen werden, ausgerichtet auf die Kernfrage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR, gesetzliche Regelungen des Strafprozess- und Strafvollzugsrechts der DDR, der Arbeitsbegriff im Sozialismus, ideologische Hintergründe sowie normative und tatsächliche Entwicklungen von 1945 bis 1989 untersucht. Dabei ist die Frage nach dem Rechtsstaats- bzw. Unrechtsstaatscharakter der DDR ebenso Ge-

genstand des Buches wie die Betrachtung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Arbeit von Strafgefangenen in der DDR. Beispielhaft fließen Angaben aus einer Befragung ehemaliger Inhaftierter und im Strafvollzug der DDR tätiger Bediensteter ein. Ergebnisse, unbeantwortete und neue Fragen geben Anlass zu - weiterer - kritischer Auseinandersetzung und Diskussion über das Justiz- und Strafvollzugswesen der DDR.

Vergangenes Wochenende fand in Erkner der 16. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit den Verfolgten-Verbänden und Aufarbeitungsinitiativen zum Thema „Disziplinierung durch Arbeit“ statt.

„Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definierte 1930 in Art. 2 Abs. 1 des Übereinkommens über Zwangs- und Pflichtarbeit die Zwangsarbeit als unfreiwillige Arbeit oder Dienstleistung, die unter Androhung einer Strafe ausgeübt wird. Nicht dazu gehören laut Abs. 2 des Übereinkommens: Militärdienst, übliche Bürgerpflichten, Arbeit im Strafvollzug, notwendige Arbeit in Fällen höherer Gewalt und Arbeit, die dem unmittelbaren Wohl der Gemeinschaft dient. Die ILO verbietet den Einsatz von Zwangsarbeit

- als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung oder als Strafe gegenüber Personen, die gewisse politische Ansichten haben oder äußern oder die ihre ideologische Gegnerschaft gegen die bestehende politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung bekunden;
- als Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung;
- als Maßnahme der Arbeitsdisziplin;
- als Strafe für die Teilnahme an Streiks;
- als Maßnahme rassistischer, sozialer, nationaler oder religiöser Diskriminierung.“

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Zwangsarbeit>

Wie steht es nun mit den „Politischen Häftlingen“ der SBZ/DDR?

Sie sind vom deutschen Staat rehabilitiert, was heißt, sie waren unschuldig in Haft und mussten Zwangsarbeit leisten. Für diese Zwangsarbeit gab es Entlohnungen von 20,00 € bis 40,00 Mark, also keine gerechte.

Wer erhielt die tatsächliche Entlohnung? Dies war wohl die Diktatur DDR. → Seite 9 oben



Profitiert haben natürlich auch die westdeutschen Firmen, die von der DDR Waren bezogen und die von politischen Häftlingen gefertigt wurden. Bei der Betrachtung dieser Firmen ist es egal, ob diese von der Zwangsar-



beit wussten, moralisch haben sie von diesen Handelsbeziehungen Gewinne gemacht. Es ist nun an der Zeit, zumal es nicht das erste Mal um Entschädigungen von Zwangsarbeit in der SBZ/DDR geht, etwas zu unternehmen. Die VOS hat seit ihrem Bestehen auf diese Zwangsarbeit hingewiesen, 2007 hat der Berliner Herrmann Kreuzer Bundesjustizministerin Zypries mehrmals kontaktiert. Viele Häftlinge haben an den Folgen der DDR-Haft körperlich und psychisch immer noch zu leiden und werden wohl ihre Traumatisierung nie loswerden. Diese Menschen haben in der Diktatur für eine gerechte Welt, eine Demokratie, Haftzeiten in Kauf genommen und werden nun am Rande der Gesellschaft gefunden.

**Wir als VOS fordern daher mehr Gerechtigkeit und die Einrichtung eines Zwangsarbeiterfonds, wo betroffene Firmen und die Bundesrepublik Deutschland einzahlen.**

Patriotisches Handeln für die Demokratie hängt zum großen Teil auch mit einer nachträglichen Anerkennung zusammen. Anerkennung sollte moralisch erfolgen, jedoch auch die sozialen Umstände finanziell berücksichtigen.

Die Täter von einst lachen die Opfer aus, ihnen geht es heute gut. Was kann man daraus ironisch schlussfolgern: „Beim nächsten Mal bin ich auf der anderen Seite, es lohnt sich.“

Dieses Denken darf es nicht geben.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte Sie hiermit auch als FDP-Bundestagsabgeordnete ansprechen. Im Jahr 2007 haben sich die Opfer der SBZ/DDR-Diktatur zweimal mit Ihnen und Ihren Kollegen im Bundestag getroffen. Es sollte zu einer Tradition werden, die bereits 5 Jahre auf sich warten lässt.

*Hugo Diederich, Bundesvorsitzender*

## Schicksal der Opfer liegt mir weiter am Herzen

*Weiteres Interesse und Sachaufklärung seitens der FDP*

**Den Brief der VOS hat die Bundesjustizministerin wie folgt beantwortet** (leicht gekürzt):

Sehr geehrter Herr Diederich, vielen Dank für Ihr Schreiben ..., mit dem Sie die Errichtung eines Fonds für die Zwangsarbeiter im Strafvollzug der DDR ansprechen und sich für ein Treffen zwecks eines gemeinsamen Gedankenaustauschs einsetzen. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Schilderung Ihres eigenen leidvollen Schicksals im Strafvollzug der DDR entgegenbringen. Das hat mich sehr bewegt. ...

Bei dem Thema „Zwangsarbeit von DDR-Häftlingen“ handelt es sich um einen bisher wenig erforschten Komplex, sodass es jetzt in erster Linie darum gehen muss, gesicherte Fakten zu diesem Thema zu erhalten. Deshalb setze ich mich für eine umfassende Sachverhaltsaufklärung ein.

Hinsichtlich Ihrer Anregung, ein Treffen mit den Opfern der SED-Diktatur zu wiederholen, können Sie sich sicher sein, dass auch ich den Gedankenaustausch schätze und mir das Schicksal der Opfer nach wie vor am Herzen liegt. So war es mir ein persönliches Anliegen, die Gesetzgebungsarbeiten zum Vierten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR, das am 9. Dezember 2010 in Kraft getreten ist, auch im Rahmen einer interfraktionellen Ar-

**Zitat:** „Recht ist, was der Freiheit dient.“ (Quelle Internet) *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*,  
Der Leitspruch der Bundesministerin geht auf Thomas Dehler zurück

beitsgruppe zu begleiten. ...

Selbstverständlich werde ich mich auch persönlich weiter dafür einsetzen, dass das System der Rehabilitation und Entschädigung von SED-Opfern auch künftig laufend überprüft wird und entsprechend dem Koalitionsvertrag offenbarem Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung getragen wird.

*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*

## Erleichterung für Opfer der DDR-Diktatur

*Pforzheimer Zeitzeugenmuseum wird in Stiftung überführt*

☐ Aus dem privaten DDR Museum Pforzheim ist eine Stiftung geworden. In einem Festakt im vollbesetzten Saal des Reuchlinhauses in Pforzheim wurden am 24. Juli 2012 die Weichen für das DDR Museum gestellt. Dank der bundesweiten Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und etwa fünf Dutzend privaten Stiftern sind über 100 000,- € Stiftungskapital zusammengekommen. Der „Vater“ des Museums“, Klaus Knabe, hatte stets eine starke Frau an seiner Seite, Brigitte Knabe, ihr galt glühender Applaus von allen Teilnehmern. Der Wunsch ihres Mannes, die Sammlung zu erhalten und in gute, sichere Hände zu geben, ist in Erfüllung gegangen.

Eberhard Diepgen, früherer Oberbürgermeister von West-Berlin war Gastredner, Birgit Kipfer wurde die künftige Vorsitzende der Stiftung. Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, Gert Hager, warnte in seiner Rede davor, denen auf den Leim zu gehen, die die DDR glorifizieren.

Prominentester Stifter ist der Bundespräsident Joachim Gauck, er schreibt in seinem Grußwort u. a., dass die Erinnerung an das Unrecht der SED-Diktatur eine gesamtdeutsche Aufgabe ist. *Gisela Lotz*

**Es geht nicht nur um ein paar Euro**  
*Die Forderungen sind berechtigt*

☒ Die von der Landesgruppe Niedersachsen eingeleitete Initiative halte ich für angemessen sinnvoll. Die Bezeichnung „Ehrenrente“ würde Opfern und Widerständlern einen Teil ihrer Wertigkeit zurückgeben. Dieses unmissverständliche Zeichen seitens unserer Politik würde auch gesellschaftssoziologische Relevanz nicht verfehlen. Es würde heißen: keine Diktatur, keinen Kommunismus – nicht mit uns. Auch die geforderten materiellen/finanziellen Leistungen dürften erschwinglich sein.

Aus meiner Sicht ist es nicht hinnehmbar, dass der o. g. Personenkreis unter dem unterschwellig vermittelten Meinungsbild von Bittstellern zusätzlich leiden muss.

*Wolfgang Schmidt, Berlin*

# Als Devisenbringer zuletzt von der Stasi wunderbar behandelt

*Kamerad Jörg Bernhard Bilke erinnert sich noch gut und die letzten Tage vor dem Freikauf*

Ich bin einer von den 800 DDR-Häftlingen, die im Sommer 1964 von der Bundesregierung in Bonn für 32 Millionen Westmark freigekauft wurden: pro Mann 40 000! Ich hatte knapp drei Jahre im Zuchthaus Waldheim in Sachsen hinter mir, nachdem ich am 9. September 1961 auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig von der Stasi verhaftet worden war. Ich war damals Student der Literaturwissenschaft in Mainz im siebten Semester, hatte die Leipziger Buchmesse und den berühmten Literaturprofessor Hans Mayer in der Tschai-kowskistraße 23 besucht, drei Wochen nach dem Mauerbau in Berlin, und wurde am 22. Januar 1962 wegen „staatsgefährdender Hetze“ vom Bezirksgericht Leipzig verurteilt. Mein Delikt: Ich hatte im Juni/Juli 1961 sieben DDR-kritische Artikel in der Mainzer Studentenzeitung „nobis“ veröffentlicht, auch über meinen heutigen Freund Erich Loest, der damals schon drei Jahre im Zuchthaus Bautzen II saß. Nach einem Vierteljahr im Zuchthaus Torgau an der Elbe, wo Hunderte von Gefangenen saßen, die keine Arbeit hatten, weil keine da war, kam ich nach Altenburg in die Braunkohle, dann zurück nach Leipzig und von dort am 2. September 1962 nach Waldheim. Als ich dort auf dem Turm die Wetterfahne mit der Jahreszahl 1779 sah, erschrak ich und musste mir von Mitgefangenen erklären lassen, dass das Zuchthaus bereits 1715 unter Kurfürst August dem Starken (1670-1733) erbaut worden wäre. So hatten dort auch im 19. Jahrhundert berühmte Leute gesessen, unter den 250 Revolutionären des Dresdner Mai-Aufstandes von 1849 waren der Dresdner Musikdirektor August Röckel (13 Jahre), der Amtmann Otto Leonhard Heubner aus Freiberg/Erzgebirge (10 Jahre) und der Leipziger Schriftsteller Theodor Oelckers (10 Jahre). Noch zu meiner Zeit sahen die Zellen aus wie im 19. Jahrhundert: Es gab kein fließendes Wasser, sondern einen Krug, es gab keine Toiletten, sondern einen stinkenden Kübel, der morgens um 4.00 Uhr von uns geleert wurde.

Am 21. August 1964 wurden wir „freigekauften“ Häftlinge von Waldheim ins MfS-Sondergefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen gebracht,

wo wir von der „Staatsicherheit“ außerordentlich höflich und zukommend behandelt wurden; die hätten uns auch Himbeereis gebracht, wenn wir es verlangt hätten! Wir waren schließlich Devisenbringer! Für die letzte Nacht kamen wir ins Gefängnis Berlin-Magdalenenstraße, wo uns hohe MfS-Offiziere eröffneten, dass wir jetzt alle „wegen guter Führung“ (kein Wort vom „Freikauf“!) entlassen und morgen an die „Staatsgrenze West“ nach Wartha-Herleshausen gebracht werden würden.

Wenn wir unterwegs auf den Auobahnrastplätzen auf westdeutsche „Transitreisende“ trafen, sollten wir sagen, wir wären eine „westdeutsche

## Über den Freikauf

Reisegesellschaft“! Die Stasi fuhr in jedem Bus mit, wir erhielten belegte Brote, um nicht ausgehungert im „gabdalisdischn Wäsdn“ (Sächsisch: kapitalistischen Westen – d. Red.) anzukommen.

Bei Jena hielten unsere beiden Busse auf der Autobahn, wo zwei Rechtsanwälte zustiegen: Jürgen Stange/Westberlin und Dr. Wolfgang Vogel/Ostberlin. Die erklärten uns dann, dass wir „freigekauft“ worden wären und nun nach Westdeutschland entlassen werden würden. Wir sollten aber nicht darüber reden und keine Interviews geben, weil die DDR-Regierung das übelnähme und den „Freikauf“ einstellte. In Wartha, es war schon dunkel, stiegen wir in einen Westbus aus Hanau, der uns ins Schloss Büdesheim in Hessen brachte, wo wir übernachteten. Unterwegs aber hielt der Bus noch einmal, es war Mitternacht und Hochsommer. Wir bekamen einen Beutel mit belegten Brötchen, Apfelsinen und Zigaretten. Warmer Nachtwind strich über die Felder, Korngeruch lag in der Luft: Ich war jetzt 27 Jahre alt, und das Leben lag vor mir!

Als wir am nächsten Morgen im Büdesheimer Schloss aufwachten, sahen wir seit Jahren wieder ein Fenster ohne Gitter! Es war unvorstellbar herrlich! Im Frühstücksraum tranken wir Bohnenkaffee, unge-

wohnt für unsere Herzen, die wie wild schlugen. Vertreter von der Bundesregierung in Bonn, der Landesregierung in Wiesbaden, der Lagerleitung waren gekommen und hielten Reden auf uns: Was wir für tolle Kerle wären! Einsatz für Demokratie und Freiheit! Aber das wollten wir nicht hören, wir wollten nach Hause! Ich war in einer Stunde abgefertigt und hatte nun 600 Westmark in der Hand: Begrüßungsgeld, Kleidergeld, Fahrgeld! Ich rief ein Taxi und fuhr die 30 Kilometer nach Bruchköbel bei Hanau, wo meine Eltern wohnten. Aber weder sie noch meine drei Schwestern waren zu Hause, nur unsere Boxerhündin Bella kam ans Gartentor, wedelte mit dem Schwanz und leckte mir die Hände: Da hätte ich fast geweint!

*Dr. Jörg B. Bilke*

### Die persönliche Haftnotiz

*Am 14. August 1962 wurde der NVA-Hauptmann der DDR-Grenztruppen Rudi Arnstadt von einem westdeutschen BGS-Angehörigen bei Wiesenfeld erschossen. Zu dieser Zeit saß Jörg Bilke in der Leipziger Kästnerstraße in Haft.*

*Lesen Sie in seiner nachfolgenden Notiz, was ihn und die Mitgefangenen damals bewegte.*

### Wir nannten dieses Mädchen Mary Lou

*(JBB) Wir fuhren jeden Tag durch die Leipziger Innenstadt zum VEB BBG (Bodenbearbeitungsgeräte), wo wir im Hochsommer Christbaumständer herstellten. Am Samstagmittag, wenn die Leute auf der Straße flanierten, war das besonders schlimm. Wir fuhren durch eine lange Allee, vierspurig mit Mittelstreifen, der von Bäumen bestanden war. Da stand eine etwa 16-jährige Eisverkäuferin, die wir alle „Mary Lou“ nannten. Wenn sie ins Bild kamen, sprangen im Obergeschoss des Busses alle Kumpel nach links, um sie zu sehen. Ich dachte immer, der Bus kippt um! Da war es doch in Waldheim „angenehmer“! Da wusste man, wo man war: im 18. Jahrhundert! Man sah und hörte nichts von der Welt da draußen.*

*Dr. Jörg B. Bilke*

# WANN, wenn nicht JETZT? Forderungskatalog ist berechtigt

*Landesgruppe Bayern unterstützt nachdrücklich die Initiative der VOS Niedersachsen*

In der FG vom Juli/August 2012 veröffentlichte die Landesgruppe Niedersachsen einen Beitrag, der sich mit der Würdigung unserer Leistungen zur Deutschen Einheit befasste und dabei explizit Forderungen zur Verbesserung unserer sogenannten Besonderen Zuwendung erhob. Diesem Forderungskatalog schließen



wir uns grundsätzlich voll inhaltlich an!

Es ist in der Tat an der Zeit, die Leistungen der Menschen vorbehaltlos anzuerkennen, die lange bevor 1989 zahllose tapfere Menschen in der DDR auf die Straße gingen und den Ruf nach persönli-

chen Freiheiten hörbar machten, bereits handelten, indem sie für ihre Sehnsucht nach dieser Freiheit ihre Gesundheit, ihr persönliches Glück, manche sogar ihr Leben riskierten. Das Handeln dieser Menschen, *unser* Handeln also, widerlegte jeden Tag auf's Neue die SED-propagierte Lüge von der „unverbrüchlichen Einheit von Volk und Partei“. Somit muss man die deutsche Wiedervereinigung unbedingt auch als ein wesentliches Produkt unseres Wirkens sehen!

Und wie müssen diese Menschen unsere Welt wahrnehmen, wenn sie teils mit Fassungslosigkeit heute und hier miterleben, wie die Täter von einst ihr Haupt sowohl parteipolitisch als auch materiell in Form von Renten erneut erheben, während die Opfer allmählich in der Historie zu versinken scheinen? Ein Staatsanwalt meinte 1988 einmal sinngemäß, dass die Opfer der sowjetzonalen Diktatur nicht erwarten dürften, dass eine Bestrafung der Täter „gerecht“ erfolgen könne, was nämlich der „Verfolgung eines Learjets (modernes Verkehrsflugzeug, der Verfasser) mit einer Postkutsche gleichkäme“. Heute nehmen wir zur Kenntnis, dass eine juristische Aufarbeitung der DDR-Diktatur weitgehend abgeschlossen sei. Wir nehmen weiter zur Kenntnis, dass mehr als 22 Jahre nach der Wiedervereinigung wenigstens der Versuch unternommen wird, die tatsächliche Zahl unserer Opfer an der innerdeutschen Grenze zwischen 1961 und 1989 regierungsseitig feststellen zu lassen.

Liegt es nicht nahe, dass wir fordern, wenigstens einen substanziellen Beitrag für diese Opfer – die Mit-Wegbereiter der deutschen Einheit – als kleinsten gemeinsamen Nenner in der Täter-Opfer-Beziehung zu leisten, wenigstens die materielle und damit einhergehend die moralische Situation vieler Opfer gegenüber der Täterschaft zu stärken?

Nein, es ist nicht länger hinnehmbar, diese Menschen mit einer Sozialleistung wie die der Besonderen Zu-

wendung zu bedenken. Diese Menschen verdienen für deren Leistungen im Sinne des wiedervereinten Deutschlands eine Würdigung, die ausschließlich den Namen „Ehrenrente“ tragen muss.

Wann, wenn nicht jetzt? Schauen wir doch den Tatsachen ins Gesicht. Die Zeit fordert ständig ihren Tribut. Zu viele erlebten die Wiedervereinigung nicht mehr, zu viele sind nicht mehr unter uns. Zu vieles geriet inzwischen in Vergessenheit, so dass bereits durch den Kulturstaatsminister eine Initiative gegen das Vergessen ins Leben gerufen werden musste. Zu viele junge Menschen können nicht mehr zwischen Demokratie und Diktatur unterscheiden. Beginnt die Politik etwa ebenfalls unser Handeln und unseren Kampf in den Zuchthäusern zur Wiedererlangung der deutschen Einheit zu vergessen? Wir treten nicht als Bittsteller auf - wir sind vielmehr Opfer einer Diktatur und Mit-Wegbereiter der deutschen Einheit.

*Dietmar-Volker Eberhard, Landesgruppe Bayern*

**Das Foto zeigt Kerstin Kuzia, sie war in der DDR als Jugendliche in ein Heim gesperrt worden. Sie führt seit diesem Jahr Opferberatungen in Berlin durch.**

## Ich hoffe auch für meine Altersgruppe auf eine Verbesserung

*Thema Ehrenrente findet zunehmend Resonanz*

✉ Mit Interesse habe ich von den Forderungen der VOS-Landesgruppe Niedersachsen in Bezug auf die Ehrenrente gelesen.

Ich bin sehr erfreut, dass unsere Sache jetzt nochmals so intensiv mit einem neuen Forderungskatalog zur Verbesserung der finanziellen Situation der Opfer als Ausgleich der erlittenen Leiden der Haft angegangen wird.

Hoffentlich erhalten alle Kameraden meiner Altersgruppe – ich bin 1926 geboren – noch eine Verbesserung. Ich selbst war von 1947 bis 1950 unter schwersten Bedingungen in Bautzen und Sachsenhausen inhaftiert. Ich denke, momentan sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Bundesrepublik günstig. Ich weise da mal auf die zusätzlichen 8,3 Milliarden Euro Steuereinnahmen hin. Die sind doch ein gutes Argument für die geplanten Verhandlungen.

*Karl-Heinz Genath*

## Straßenumbenennung ist fällig

*Todesschüsse auf Peter Fechter vor 50 Jahren*

Weiterhin wird in Berlin auf die Umbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechter-Straße gewartet. So nachdrücklich das Ansinnen bisher vorgetragen wurde, stehen Entscheidungen weiterhin aus. Der Anlass wäre in diesem Jahr durchaus gegeben, lag doch der Tod des damals 18-Jährigen am 17. August genau ein halbes Jahrhundert zurück. Mit den Schüssen auf Fechter und der Art seines Todes – man ließ ihn in den Stacheldrahtsperrn einfach verbluten – verbindet sich die bedingungslose Brutalität eines Regimes, das nur durch Rechtsbeugung und Gewalt überleben konnte. Die VOS unterstützt das Ansinnen. *Valerie Bosse*

# Das große Ziel scheint unerreichbar, und doch ist es den Kampf wert

*Der Vorsitzende der VOS-Landesgruppe Niedersachsen Harald Hemmerling, der für eine deutlich höhere Ehrenrente eintritt, äußert sich im Interview zu den in Fg 717 genannten Forderungen*

**Fg:** *In der vorigen Ausgabe der Fg haben wir wichtige Details über eure Initiative zur Verbesserung der „Besonderen Zuwendung“ für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ und DDR veröffentlicht. Diese Initiative wurde von der Landesgruppe Niedersachsen der VOS gestartet. Wie kam es dazu?*

**Hemmerling:** Es war der Zeitgeist, die Dinge waren auf einmal offen, und ständige Beiträge zu dem Thema in der FG ließen den Bedarf in der Sache spüren, den Wunsch nach Änderungen. Eine Großveranstaltung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur mit Joachim Gauck hier in Hannover 2011 gab weitere Anstöße. Auf einmal war der Gedanke da.

**Fg:** *Wie viele Kameradinnen und Kameraden sind aktiv an der Initiative beteiligt?*

**Hemmerling:** Es sind vier bis fünf Kameraden im engeren aktiven Kreis, natürlich muss sich auch unsere Landesgruppe damit vertraut machen. Ein Prozess eben.

**Fg:** *Habt ihr vor, die gesamte Aktion auf den Schultern der bisher Beteiligten zu belassen oder wollt ihr planmäßig auch den Bundesvorstand oder einzelne VOS-Mitglieder einbeziehen?*

**Hemmerling:** Vorweg, wer soll beteiligt sein? Wir sind ja schon mitten in der Sache. Grundlage ist unser Forderungskatalog, er besteht aus einzelnen Teilen, ist aber ein Gesamtpaket. Wir beabsichtigen, dass sich einzelne Landesgruppen bestimmte Punkte, die zueinander passen, herausgreifen und selber die Abgeordneten kontaktieren, ebenso der Bundesvorstand.

Maxime ist aber, nicht die Gesamtforderungen beiseite zu schieben, denn diese sollen bleiben. So erreichen wir eine höchstmögliche Inspiration und Lockerheit, sind flexibel und ziehen Forderungen nach vorn, wenn dies erforderlich erscheinen sollte. Das kann auch durch einzelne Mitglieder geschehen. Also mehrere Beteiligte, eventuell auch viele. Das wäre ideal.

**Fg:** *Wäre es – auch in diesem Zusammenhang – nützlich, wenn es in den Alten Bundesländern Opferbeauftragte gäbe, die man ansprechen und die die Forderungen der politischen Häftlinge des Kommunismus mit vertreten könnten?*

**Hemmerling:** Ja, Opfer-Beauftragte in den Alten Ländern wären dringend erforderlich. Noch sind sie nicht da, aber wir hoffen, dass sie kommen. Falls sie dann ihre Grundaufgaben mit unserer Perspektive in Verbindung gebracht sehen, wovon man ausgehen sollte, wären sie eine sehr wertvolle Unterstützung.

**Fg:** *Habt ihr ansonsten vor, mit irgendwelchen Institutionen und Behörden – etwa mit dem Landesbeauftragten in Sachsen – zu kooperieren?*

**Hemmerling:** Die Kooperation ergibt sich aus dem Verlauf unseres Anliegens; es sind immer mehr Netzwerke entstanden, auch in Niedersachsen. Die Landes-

beauftragten wollen wir auf alle Fälle einbeziehen und erwarten von ihnen eine kreative Mit- und Zuarbeit.

Der Landesbeauftragte von Sachsen ist gewiss ein Mann mit viel Grundlagenwissen zu etlichen Spezialfragen, danke für den Hinweis. Kommt die Zeit, kommt auch er als Ansprechpartner in Frage. Die Landesbeauftragten können aber auch selbst auf uns zugehen, wenn sie wichtige Informationen beisteuern wollen.

**Fg:** *Wichtig dürften jedoch Vorgespräche mit den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien sein. Welche habt ihr ins Auge gefasst?*

**Hemmerling:** Vorgespräche sind das Salz in der Suppe, sie bedeuten, sich gegenseitig auszutauschen und das Interesse der Abgeordneten an unseren Zielen zu ergründen.

Wir schreiben Mails an CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne; und zwar an die Fraktionen

selbst. Es sind die Zentralen der Macht. Zusätzlich kontaktieren wir die Leiter einiger Arbeitsgruppen, die im parlamentarischen Alltag eine wichtige Rolle spielen. So kommen wir auf 15 bis 18 Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

So beginnen wir.

An jeden MdB schreiben, das wäre nicht effizient. Gut ist aber, wenn einzelne Landesgruppen als Verstärker auftreten würden und unsere Anforderungen den MdB mitteilen und den Abgeordneten damit sagen, warum sie das unterstützen. Herauszuheben wäre die VOS-Landesgruppe Bayern mit Kamerad Eberhard, die bereits eine sehr durchdachte Denkschrift an Horst Seehofer von der CSU verfasst hat.

Natürlich informieren wir alle Landesvorsitzenden sofort, wenn wir Anfang Oktober unseren Forderungskatalog versenden. Wir haben eine Liste mit den Namen. Jeder weiß dann Bescheid.

**Fg:** *Gehen wir mal davon aus, dass von den Angesprochenen auch Einladungstermine angeboten werden, wer wird die Gespräche von eurer Seite führen?*

**Hemmerling:** Einladungstermine sind auf jeden Fall ein Erfolg. Grundsätzlich nehmen wir nur Kameraden mit, die von der Richtigkeit unserer Forderungen überzeugt sind, nicht unbedingt vom Erfolg, der ja eine ganz andere Sache ist.

Es würde sich nicht gut machen, wenn wir mitten im Gespräch sind und einer unserer Kameraden würde plötzlich erklären, er halte die Forderungen für zu hoch und zu unausgewogen. Das wäre kontraproduktiv und würde uns unglaubwürdig machen.

Dabei sein sollen von unserer Landesgruppe zwei Kameraden, einer aus einem anderem Landesvorstand, einer vom Bundesvorstand, der Fg-Redakteur. Es sollten jedoch nicht zu viele Leute auflaufen.

Als Leiter der Arbeitsgruppe führe ich zunächst mit einem Kurzvortrag ein, oder der MdB, der ja bereits informiert ist, positioniert sich schon mal.

## Das Interview In der Fg

**Fg: Werdet ihr in den Gesprächen den Wunschkatalog (oder sollen wir von Forderungen sprechen) so detailliert vortragen, wie er in der Fg veröffentlicht ist?**

**Hemmerling:** Das ist eine gute Frage. Hier kreuzen sich taktische Elemente mit der Absicht, gleich alles zu wollen.

Fest steht jedoch: Genau das werden wir nicht tun. Im Gespräch reicht ein Kernfaktor aus, z. B. die Höhe unserer Forderung zwischen 600 und 700 Euro. Um tiefer mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen – diese kennen dann ja unsere Absichten – ist es wichtig herauszubekommen, inwieweit uns die Politiker entgegenkommen bzw. unterstützen wollen oder ob wir ohnehin auf konsequente Ablehnungen stoßen würden. Im zweiten Fall würden sie uns aber wahrscheinlich gar nicht erst zum Gespräch einladen.

Letztlich müssen wir ja selbst auch Geschick und Gespür in der Sache entwickeln. Der menschliche Zugang der ehemaligen politischen Häftlinge zum Abgeordneten kann im Gespräch ausschlaggebend sein.

Um also noch mal auf den Ausgangspunkt der Frage zurückzukommen: Wir gehen detailliert vor und wollen nicht zu viel auf einmal an Forderungen vortragen. Und wir haben immer den Gedanken im Hinterkopf: Welche Chancen haben wir nun?

Übrigens sprechen wir zwar von einem Wunschkatalog, dennoch sind es Forderungen, die wir stellen.

**Fg: Bei welchen Parteien oder Politikerinnen bzw. Politikern rechnet ihr mit Wohlwollen, bei wem mit Ablehnungen?**

**Hemmerling:** Wir rechnen zuerst – leider – mit Ablehnungen, Abwehr, Widerstand, Einwänden, Bedenken. Ebenso mit Schweigen und Ignoranz. Sicherlich werden wir vor allem einen Überraschungseffekt erzeugen. Die Abgeordneten werden sich angesichts unserer Forderungen die Augen reiben. Aber wenn wir hartnäckig genug sind, werden sie das Thema in die Fraktionen tragen, und es wird zu Diskussionen kommen.

Diese Einschätzung betrifft im Grunde alle Parteien. Es wird jedoch unterschiedlich lange dauern, ehe bei den Einzelnen das Eis bricht.

Die Bundesregierung, die Abgeordneten haben seit 2000 verschiedene soziale Forderungen und Schritte aus ihren Agenda-Kriterien abgeleitet. HARTZ IV ist leider für vieles der Maßstab. Ich verrate also kein Geheimnis, wenn ich sage, es wird kompliziert.

Herr Brüderle von der FDP beispielsweise ist ein genauer Mann, der abwägt. Herr Rösler wirkt geschmeidig, kann sich aber entscheiden. Jürgen Trittin ist unentschlossen, eher scheint Renate Künast diskussionsbereit. Die SPD hat die von uns erhoffte Reife zurzeit noch nicht, sie wäre aber sehr wichtig für uns.

**Fg: Kommen wir gleich mal konkret auf die SPD zu sprechen. Es gibt drei potenzielle Spitzenkandidaten, keiner weiß, ob Gabriel, Steinbrück oder Steinmeier nachher die Nummer eins im Wahlkampf ist. Erschwert das für euch die Gespräche nicht?**

**Hemmerling:** Die SPD ist eine Volkspartei, sie ringt um neue Ziele. Entscheidend für den zu kürenden Spit-

zenkandidaten ist sein Selbstvertrauen. Wie sicher ist er, wie kann er auftreten? Herr Gabriel hat jüngst eine unserer Gedenkstätten besucht (*Foto auf dieser Seite gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bautzen-Komitees, Kameraden Harald Möller – d. Red.*). Aber reicht das aus, um ihn für uns zu gewinnen? Herr Steinbrück wirkt

norddeutsch kühl, doch ist er wirklich so distanziert?

Die Situation einer ungeklärten Spitzenkandidatur in der SPD kann in den kommenden Monaten unsere Gespräche erschweren und

hinauszögern. Somit wäre es ein sicheres, wenn auch kein gutes Signal, wenn kein Gespräch zustande kommen will.

**Fg: Auch in der CDU/CSU werdet ihr auf keine geschlossene Zustimmung stoßen. Wäre es also sinnvoll, sich dort zunächst einzelne Verbündete zu suchen?**

**Hemmerling:** Die CDU/CSU ist mit ihren 237 Abgeordneten im Bundestag auf die alten Werte festgelegt. Das heißt, man weiß um unsere Verdienste, aber auch um die wirtschaftlich schwierige Situation vieler ehemals Verfolgter. Wir wiederum wissen, dass im Bundeshaushalt, den Ländern und Kommunen gespart werden muss. Wir müssen also aufeinander zugehen und gegenseitiges Verständnis aufbringen.

Wir wollen niemanden erpressen oder unverschämt auftreten, aber man soll uns auch ernst nehmen. Der Idealfall wäre, die Abgeordneten als Verbündete bzw. Befürworter für unsere Ziele zu gewinnen.



**Fg: Zu den kleineren Parteien muss man fragen, ob es überhaupt lohnt, sie anzusprechen. Die FDP hat sich zwar früher schon grundsätzlich als Fürsprecher unserer Interessen erklärt, aber man weiß nicht, ob sie überhaupt in den Bundestag gelangen werden.**

**Und die Grünen? Und die Piraten?**

→ S. 14

**Hemmerling:** Die FDP ist ein Stehaufmännchen, sie hat aus dem wirtschaftlichen Lager immer genug Wähler über Zweitstimmen, um den Bundestag zu erreichen. Die Grünen befassen sich oft mit Armutfragen in der gesamten Welt, das kann zu widersprüchlichen Einschätzungen für uns führen. Die Piraten werden ihr volles Bild erst zur Wahl 2013 entfalten, es fragt sich, ob sie unsere Forderungen überhaupt verstehen. Die Frage nach den kleinen Parteien wirft die Frage auf, wann wir unsere Ziele erreichen, wann sie überhaupt in die Gesetzgebung kommen, falls wir soweit vorstoßen können, was entscheidend ist und ein Erfolg wäre.

Man kann den SED-Nachfolgern nicht zum einen vorn in die „Fresse“ hauen, weil man sie auf andere Weise nicht auf ihre Schuld hinweisen kann, und dann hinten die Hand aufhalten und sie um Unterstützung anbeteln! Das beißt sich.

**Fg:** *Unumgänglich ist die Frage nach der Linken. Die Nachfolger von SED und PDS sind nicht nur aus Sicht der SED-Opfer immer noch die Verantwortlichen für die Verbrechen des Kommunismus. Müsste man demnach nicht auch deren Parteispitze auf die Pelle rücken und fordern, dass sie sich bedingungslos für die von ihnen geschaffenen Opfer einsetzen?*

**Hemmerling:** Die Frage nach den Linken verfolgt die VOS unablässig. Eigentlich wäre es gerechtfertigt, an sie Forderungen zu richten. Aber man kann den SED-Nachfolgern nicht auf der einen Seite vorn in die „Fresse hauen“, weil man sie auf andere Weise nicht auf ihre Schuld hinweisen kann, und dann hinten die Hand aufhalten und sie um Unterstützung anbeteln! Das beißt sich. Das Abstimmungsverhalten der Linken bei der Wahl von Joachim Gauck war wahrlich ein auffällig peinliches Kommunikationsereignis, deutlicher konnte die negative Einstellung nicht demonstriert werden.

Die Linke ist in meinen Augen nichts anderes als eine kleinbürgerliche Partei, die locker Hartz mitverwaltet und verfeinert, sie wird von einem unglaublichen Formalismus beherrscht. Was deine Frage nach einer Zusammenarbeit mit ihren Abgeordneten betrifft, kann ich also nur mit einem klaren NEIN antworten!

**Fg:** *Eine andere Frage stellt sich nach der Rolle des Bundespräsidenten, der seinem Lebens- und Berufsverlauf absolut auf unserer Seite stehen müsste. Werdet ihr versuchen, ihn für unsere Sache zu gewinnen?*

**Hemmerling:** Zunächst spielt er in unseren Aktivitäten keine Rolle, obwohl er uns sicher nicht Zustimmung verweigern wird. Wir brauchen die Abgeordneten, da sie die Gesetze verabschieden.

*Interviewfragen: A. Richter, H. Diederich*

**Achtung:** *Das Interview wurde wegen der Länge geteilt. Lesen Sie in der nächsten Fg den zweiten Teil.*

### **Vor 25 Jahren: Wer erinnert sich?**

Am 16. März 1987 stellte das SED-Zentralorgan Neues Deutschland einen Rekord auf. Es wurden in einer Zeitungsausgabe 43 Fotos von SED-Chef Erich Honecker abgedruckt ...

## **Mit Herz und Tatkraft dabei**

*Christine Härtkorn wurde 85 Jahre*

Eigentlich hätte der Glückwunsch, den wir an dieser Stelle in der Fg an unsere hochverehrte Kameradin Christine Härtkorn aus Memmingen übermitteln möchten, bereits in die vorige Ausgabe gehört. Denn so wie unsere Kameradinnen Melanie Kollatzsch und Rosemarie Studera im August ihren 85. Geburtstag feierten, hatte auch Christine Härtkorn im August ihren Ehrentag.

Christine Härtkorn ist vor allen den Mandatsträgern unseres Verbandes ein Begriff, hat sie doch, seit sie 1961 der VOS beitrug, seit dem dann folgenden Jahr nicht eine Generalversammlung ver-



säumt. Eine Bilanz, die man nicht nur statistisch deuten kann, die vielmehr auch die Bindung und Einstellung zur VOS ausdrückt. So wie insbesondere für viele Ältere ist unser Verband auch für Christine Härtkorn zur Heimat, zur Familie geworden, der sie sich auch in diesem gesegneten Alter noch zugehörig fühlt. Kameradin Härtkorn wurde 1927 in Stettin geboren, sie entstammt einer gutbürgerlichen Familie. Nachdem sie und ihre Familie vertrieben worden waren, wurde sie nach Kriegsende verhaftet, sie kam in das Lager Sachsenhausen, danach nach Hoheneck. Wie viele Schicksalsgefährtinnen hatte sie keine Straftat begangen, es reichte den Sowjets, dass man ihren Vater, der inzwischen in den Westen hatte flüchten können, wegen seiner einstigen Wehrmachtzugehörigkeit zum Nazi stempelte. Da man den Vater nicht kriegen konnte, hielt man sich an die Tochter ... Christine Härtkorn ist ein Mensch, den manch einer um Tatkraft und Durchsetzungsvermögen beneiden mag. Diszipliniert und beherzt geht sie schwierige Aufgaben an und setzt sich dabei für andere Kameradinnen und Kameraden ein. Damals im Jahr 2000, trat sie mutig vor die Generalversammlung der VOS und verlas den Antrag ihrer Bezirksgruppe, der Verband möge sich fortan für eine Opferrente einsetzen.

Nach wie vor leitet sie die Gruppenversammlungen und begleitet in Sterbehilfe engagiert und selbstlos kranke und alte Menschen auf ihrem letzten Weg. Eine Selbstverständlichkeit, wie sie findet, und doch ein Zug von menschlicher Größe. Viele aus der „alten“ Garde der VOS hat sie in Erinnerung, von ihnen hat sie die humanistische Einstellung und den Einsatz für Gerechtigkeit erfahren. Werner Köhler, der langjährige Bundesvorsitzende, „Hansi“ Platz, der den Verband wie auch die Fg mit seiner Kreativität belebte, Jutta Giersch, durch die die VOS bei den Politikern Anerkennung fand, war ihre Freundin, ebenso verbrachte sie viel Zeit mit dem Ehepaar Brünig. Sie wünscht sich auch jetzt, dass die VOS in der Öffentlichkeit Anerkennung findet und so wie einst eine wesentliche Rolle spielt.

Liebe Christine, wir bemühen uns, dir nachzueifern. Und wir danken dir im Namen der VOS, wir hoffen, dich noch lange behalten zu können. A. R.

# Kommt das Einheitsdenkmal für Leipzig? Wenn ja, welches?

*Abstimmung von Bürgerinnen und Bürgern könnte zu Entscheidung führen*

Mit Ausblick auf das Jahr 2014, in dem sich die Massendemonstrationen von Leipzig zum 25. Mal jähren,

Die Entscheidung wurde von einem international besetzten Preisgericht unter Vorsitz von Prof. Henri Bava getroffen. Ob das der richtige Weg war, einen Denkmalsentwurf für eine vom Volk herbeigeführte historisch einmalige Wende, mag dahin gestellt bleiben. Fakt ist, mit dem Denkmal müssen bzw. wollen in erster Linie die Leipzigerinnen und Leipziger leben und keine (internationalen) Preisrichter, die ihr Urteil ja sicher auch nicht kostenlos abgegeben haben. Anzumerken ist, dass der erste Preis innerhalb des Wettbewerbs mit einer Summe von 70.000 Euro dotiert wurde. So vermeldet es jedenfalls die Online-Seite. Fortschritte hat es auch bei der Planung des „zentralen“ Denkmals der



wurden der Stadt für die Errichtung eines Denkmals zur deutschen Einheit und zur Erringung freier demokratischer Verhältnisse vom Bund und vom Freistaat Sachsen finanzielle Mittel von insgesamt rund 7 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Das Denkmal soll am Leuschner-Platz errichtet werden.

Welche Gestalt das Denkmal bekommen soll, konnte allerdings noch nicht geklärt werden. Bisher wurden etwa 40 Entwürfe vorgelegt, die die Leipzigerinnen und Leipziger im Rathaus besichtigen und bewerten konnten und die sich auch über ein gesondertes Online-Forum anklicken ließen. Drei Entwürfe gelangten daraufhin in die engere Auswahl, letztlich wurde jedoch keiner davon für endgültig verwertbar befunden.

Um nun auf möglichst demokratischem Wege zu einer Entscheidung für einen der Entwürfe zu gelangen, wurde von mehreren Parteien des Rates angeregt, eine Befragung bei den Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen. Eine eigentlich demokratische, aber auch nicht ganz billige Variante.

Das Denkmal soll dann am 14. Oktober des Jahres 2014 eingeweiht werden. Dann wird es 25 Jahre her sein, dass die Massendemonstrationen, vornehmlich montags, in den Straßen der Messestadt stattfanden.

Übrigens haben auch der Fg-Redakteur und der Bundesvorstand der VOS einen Blick in das Online-Forum geworfen und den an Rang drei gesetzten Entwurf (siehe Abbildung) für sehenswert befunden. Dieser trägt den Titel „Herbstgarten“ und stammt von Anna Dilengite, Tina Bara, Alba d’Urbano, Leipzig.

Einheit gegeben. Nachdem hierüber bereits vor längerer Zeit diskutiert worden war und das Projekt anschließend offenbar auf Eis lag, soll es nun am Schlossplatz in Berlin (Mitte) aufgestellt werden. Ob man nach all den Unklarheiten und dem genannten Hin und Her an die planmäßige Verwirklichung glauben darf, muss abgewartet werden. Wir leben in einer Demokratie, das ja; aber von Einheit kann man wohl nicht so unbesehen sprechen, zumindest, was den Blick auf die Geschichte angeht. Und dies betrifft, wie wir mal wieder feststellen, nicht nur die Planung von Denkmälern.

*Tom Haltern*

## Er nahm ein schmähhliches Ende

*Und doch hätte er gleich zwei Jubiläen gehabt*

Als er 1987 erstmalig als DDR-Regierungschef in den Westen reiste und die hiesigen Politiker, die jetzt hämisch schmähend über ihn herziehen, Schlange standen, um ihm die Hand schütteln zu dürfen, wähte sich Erich Honecker auf dem Gipfel seiner politischen Karriere. Nur die VOS-Delegation, die sich auch von der Polizei nicht abdrängen ließ, beschrieb auf ihrem Plakat die Situation so wie sie war: *Zu viel Ehre für einen Gefängnisdirektor*. Im August wäre „Honni“ 100 geworden, und kurze Zeit später jährte sich die Westreise zum 25. Mal. Die Medien haben – mal wieder – eifrig berichtet. Und Honecker wurde im Grundtenor als das beschrieben, worauf Richard Knöchel und die anderen Mitstreiter damals hinwiesen: Der Direktor eines großen Gefängnisses, das DDR hieß.

*A. R.*

### **Wir trauern um**

**Wilhelm Schütte  
Manfred Schenke  
Bernhard Plocharski  
Artur Paschke  
Hermann Glaser  
Werner Wittig  
Ingeborg Karoske  
Günter Wolff  
Herbert Schreiber**

**Bezirksgruppe Magdeburg  
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha  
Bezirksgruppe Kiel  
Bezirksgruppe Mittel- und Nordhessen  
Bezirksgruppe Westprignitz  
Bezirksgruppe Wurzen  
Bezirksgruppe Prenzlau  
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe  
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

Bereits am 6. Juli 2012  
verstarb unser geschätzter Kamerad

## Hans-Joachim Hantsche

geb. am 11. Oktober 1929

Um ihn trauern seine Ehefrau Ursula,  
die Angehörigen und die Kameradinnen  
und Kameraden seiner VOS-Bezirksgruppe.

Zum Abschied und zum Trost für die Hinterbliebenen  
hat Kamerad Erich Schmidt folgenden Nachruf verfasst:

Alle konnten dir vertrauen – und den Rest nachher ver-  
stauen. Grausam kann das Leben sein – einer bleibt am  
Schluss allein.

Viele von uns erfuhren es schon – sich abzufinden ist  
sehr schwer.

Keiner gibt gern sein Liebstes her. Ein Freund geht von  
uns, und er kommt nie zurück. Der Abschied ist so  
schwer, denn sein Platz bleibt für ewig leer.

Der Familie wünschen wir Beileid und Kraft.

Von allen Leidenskameradinnen und Leidenskameraden  
sagen wir dir, Hans „Im Wandel der Zeiten“.

Diese Worte sollen immer bei dir sein.

Von unserer Gemeinschaft VOS im stillen Gedenken.

Die Lebenskalkulation ist das Leid – immer spürt man  
sie zur falschen Zeit.

Kamerad Erich Schmidt, Düsseldorf

### VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**A 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehe-  
maliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stali-  
nismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint  
seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als  
Doppelausgabe)

#### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag  
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der  
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

#### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23**

**Mail: lv-berlin@vos-ev.de**

Dienstag und Donnerstag von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr,  
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei  
eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**,  
sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),  
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbe-  
dingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.  
Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit  
Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch  
den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

#### Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
  - alte Bundesländer 45,00 €
  - neue Bundesländer 40,00 €
- ab 01.01.2013 - 45,00 €**
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

#### Internetseiten der VOS und Links unter

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

**Die nächste Ausgabe (720) erscheint im Oktober 2012**

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **719**: 14. September 2012

## Die Wahrheit verhallt zusehends

*Wie man in der Zeitung zum Nazi werden kann*

☒ Der hier abge-  
bildete Artikel er-  
schien am 9. August  
2012 in der Freien  
Presse. Zu meiner  
großen Empörung  
werden wir als Op-  
fer des Stalinismus,  
ich war zum Ende  
des Krieges noch  
nicht mal 18 Jahre,  
als „Nazi- und  
Kriegsverbrecher“  
dargestellt. Und dies  
zum wiederholten  
Mal. Voller Ärger  
rief ich bei der Re-  
daktion dieser Zeitung an und beschwerte mich sehr heftig.

Ich warf den dortigen Mitarbeitern vor: „In Ihren Reihen  
sitzen doch noch immer massenhaft die eingefleischten Alt-  
kommunisten. Man braucht sich ja nicht zu wundern, dass  
diese so schludrig mit der Wahrheit umgehen. Die Medien  
können doch nichts anderes, als immer nur gegen Nazis und  
Rechte zu wettern! Die eigenen Verbrechen sollen dagegen  
verdrängt und vertuscht werden.“

Auch von den demokratischen Parteien erkenne ich kei-  
nerlei Reaktion, die uns helfen könnte. Hier hat man nur mit  
sich selbst zu tun und geht munter auf Stimmenfang, mehr  
nicht. An die Stalinismus-Opfer erinnert man sich nur, wenn  
man sie für eigene Propagandazwecke benötigt.

*Siegfried Müller, Erzgebirge*

